

**Vattenfall den
Stecker zieh'n!**

Am 3.11. ist Volksentscheid:
Hingehen und
mit JA stimmen!

Foto: Klaus Singer



Wahlkampf auf dem Anton-Saefkow-Platz: Die Lichtenberger LINKE lockte mit ihren Themen und ihren Kandidaten viele Interessierte und Neugierige an Infostände und Bühnen.

Wir sind die Stärksten

Das Wahlvolk hat gesprochen. Mit 40,3 Prozent wurde Gesine Löttsch zum vierten Mal in Folge mit deutlichem Vorsprung direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Auch bei den Zweitstimmen wurde DIE LINKE in Lichtenberg mit 34,4 Prozent deutlich die stärkste politische Kraft im Bezirk und leistete damit bundesweit den größten Beitrag zu unserem Wahlergebnis. DIE LINKE ist trotz leichter Verluste nunmehr die drittstärkste Partei im Bundestag.

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern herzlich für dieses Vertrauen. Ein besonderer Dank gilt allen, die Gesine und uns im Wahlkampf so vielfältig unterstützt haben. Es unterstreicht die tiefe Verbindung der LINKEN und von Gesine Löttsch mit den Menschen im Bezirk.

Das Wahlergebnis zeigt auch, dass wir die Kümmerer-Partei im Bezirk sind. Wir setzen uns unermüdlich für alle Menschen im Bezirk ein – unabhängig von ihrer Wohn- und Lebenslage. Wir sind jederzeit ansprechbar und (fast) überall anzutreffen – nicht nur in Wahlkampfzeiten. Darauf können sich alle weiterhin verlassen.

Im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl, bei der unsere Partei einen Denkkettel erhalten hatte, konnten wir in allen Lichtenberger Wahlkreisen wieder stärkste Kraft werden. Die SPD fiel im Bezirk fast überall auf den dritten Platz zurück. Wir freuen uns über dieses zurückgewonnene Vertrauen. Es spornt uns an, hier im Bezirk, im Abgeordnetenhaus und im Bundestag SPD und CDU inhaltlich zu stellen.

Dafür sind wir im Bundestag in einer starken Position: Sollte die SPD erneut in eine Große Koalition gehen, werden wir als Oppositionsführerin Druck machen und Alternativen zur Abstimmung stellen. Dann wird man sehen, wer von CDU und SPD die Hand für den gesetzlichen Mindestlohn, für gleiche Renten in Ost und West und für eine friedliche Außenpolitik hebt.

Spannender wäre es allerdings, die Mehrheit von SPD, LINKEN und Grünen für einen echten Politikwechsel zu nutzen. Wir sind für Gespräche offen. Ob es SPD und Grüne auch sind? Daran wird sich zeigen, ob sie es mit ihren Wahlversprechungen ernst gemeint haben. *Sebastian Schlüsselburg*

Hohe Erwartungen

Von Gesine Löttsch

Eine solide Wahlauswertung ist für mich noch gar nicht möglich. Die Eindrücke sind zu frisch. Wir müssen die Zahlen genau anschauen, nachdenken und dürfen keine voreiligen Schlüsse ziehen.

Der Dialog mit den Menschen auf der Straße prägte unseren Wahlkampf an über 100 Infoständen. Unsere vielen Kinderfeste waren ein Anziehungspunkt für junge Familien. Unsere Aktionen waren frisch und lebensfroh. Ich kann mich an keinen Wahlkampf erinnern, an dem so viele Genossinnen und Genossen mit solcher Leidenschaft gekämpft haben. Dafür möchte ich herzlich Danke sagen.

Wir haben in den Gesprächen viel Zustimmung erlebt, aber es wurden auch sehr hohe Erwartungen an uns formuliert: Die Menschen wollen nicht länger auf einen Mindestlohn und Rentengerechtigkeit warten. Sie erleben, wie ihre Renten von steigenden Mieten und Stromkosten aufgefressen werden. Die Ungeduld und die Frustration sind bei vielen groß. Nicht wenige haben die Geduld verloren und sind zur AfD oder in das Lager der Nichtwähler abgewandert.

Eine erste Lehre aus dem Wahlkampf ist für mich, dass wir komplexe Widersprüche einfacher erklären müssen. Im Sinne von Albert Einstein: Wir müssen die Dinge so einfach wie möglich erklären, aber nicht einfacher.

Eine zweite Lehre ist, dass Menschen unseren Finanzierungsvorschlägen skeptisch gegenüberstehen. Es gibt einfach nicht den zwingenden Zusammenhang, dass eine Milliarde Euro Mehrforderung der LINKEN zu einer Million mehr Wählerinnen und Wählern führt.

Die, die uns ihre Stimme gegeben haben, erwarten jetzt viel von uns. Auch wenn wir Oppositionsführer sind, wird es nicht leichter, unsere Forderungen durchzusetzen. Doch wir müssen in dieser Legislaturperiode liefern. Die Menschen wollen Ergebnisse sehen. Dazu müssen unsere Forderungen so klar, so plausibel und so logisch sein, dass selbst eine übermächtige Regierung keinen Grund findet, unsere Vorschläge abzulehnen.



Netz oder nie

Die Bundestagswahl ist kaum vorbei, da ruft Berlin schon wieder an die Urnen. Am 3. November steht der Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung an. „Neue Energie für Berlin“ ist die Überschrift.

Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand, das ist einer der vielen guten Gründe für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung in der Stadt. (weitere Gründe finden sich unter: www.berliner-energiertisch.net).

Der Volksentscheid hat das Ziel, das Stromnetz in Berlin wieder durch die Stadt zu betreiben und hierfür Stadtwerke aufzubauen. In der ersten Phase, in der es um die Frage ging, ob überhaupt ein Volksentscheid stattfinden soll, sind dafür 227.748 Stimmen gesammelt worden.

Wer nun gedacht hatte, dass der Volksentscheid mit der Bundestagswahl am 22. September 2013 möglich wäre, wurde vom SPD/CDU-Senat belehrt, dass es auch umständlicher geht: Termin ist der 3. November 2013. Ein Schelm, wer dabei denkt, der Senat hofft, dass auf diese Weise der Volksentscheid am notwendigen Zustimmungsquorum scheitern werde.

Wer nun auch noch dachte, dass das ja egal sei, weil die SPD schließlich dem Anliegen vorher im Abgeordnetenhaus zustimmen werde, so dass der Volksentscheid gar nicht nötig würde, wurde wiederum enttäuscht: Obwohl monatelang Unterstützung postuliert und die SPD-Basis die Unterschriftensammlung unterstützt hatte, beugte man sich im Abgeordnetenhaus der CDU und stimmte mit Nein.

Ob sich Bezirksverordnete der Koalitionsparteien oder SPD-Abgeordnete aus Lichtenberg für eine andere Entscheidung eingesetzt haben, ist nicht bekannt, wird aber auch nicht vermutet. Sie hätten allerdings gemusst, denn in Lichtenberg war am 18. April 2013 beschlossen worden: „Die Be-

zirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg unterstützt das Anliegen des Volksbegehrens ‚Neue Energie für Berlin‘.“

Bemerkenswert ist, dass der SPD/CDU-Senat in seiner Stellungnahme zum Volksbegehren insbesondere dessen sozialpolitische Ziele kritisiert. Überhaupt werden jetzt und bis zum Volksentscheid reichlich Nebelkerzen geworfen, was alles angeblich nicht geht.

Harald Wolf hat das in seiner Rede im Abgeordnetenhaus detailliert zerpfückt (nachzulesen unter www.linksfraktion-berlin.de).

Unstrittig aber ist, dass der dem Volksentscheid vorliegende Gesetzentwurf im Detail korrigiert werden kann, ohne das Anliegen zu verletzen. Das ist wichtig in der Diskussion der nächsten Wochen. Also: Nicht verwirren lassen!

DIE LINKE will, dass der Volksentscheid am 3. November mit einer klaren Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner für den Gesetzentwurf beweist, dass es geht: Netz oder nie!
Andreas Prüfer



Am 3. November beim Volksentscheid: Stimmen Sie mit Ja für eine demokratische, ökologische und sozial gerechte Energieversorgung!

KOMMENTIERT

Schon wieder

... sollen wir an die Wahlurnen? Jetzt ist es aber genug! So stöhnen manche und beschließen, den Volksentscheid am 3. November zu boykottieren.

Dabei hat doch ein breites Bündnis um den Berliner Energietisch die Entscheidung darüber erzwungen, ob wir weiter unter der monopolistischen Preisdiktatur von Vattenfall leiden oder ob die Stadtgesellschaft Einfluss auf eine gleichermaßen ökologisch und sozial vernünftige Energieversorgung gewinnt. Für Letzteres werden ein rekommunalisiertes Stromnetz sowie ein Energie erzeugendes Stadtwerk gefordert. Stadtwerke unterliegen nämlich öffentlicher Kontrolle sowie einem gestaltungspolitischen Auftrag, weswegen auch das Stromnetz in öffentlicher Hand sein muss. Dadurch käme einiges vom Kopf auf die Füße. So zahlt z. B. Vattenfall jetzt an der Strombörse immer weniger, greift uns aber dafür umso kräftiger in die Tasche.

Zudem wären eine sinnvolle energiepolitische Steuerung und Kontrolle möglich. So ließe sich beispielsweise unser soziales Konzept von einem preislich vernünftigen Stromkontingent pro Haushalt ebenso durchsetzen wie unser ökologischer Ansatz, unbegründeten Mehrverbrauch mit hohen Preisen zu belegen.

Aus sozialen und ökologischen Gründen hat DIE LINKE von Anfang an den Energietisch unterstützt. Und von Anfang an waren CDU und SPD – die gerade noch auf ihren Wahlplakaten bezahlbares Wohnen forderte – gegen diesen Volksentscheid. Der rot-schwarze Senat empfahl ein „Nein“ und verhinderte, dass der Volksentscheid an einem Tag mit der Bundestagswahl stattfand. Frei nach dem Motto, lieber einige Millionen Mehrkosten für einen separaten Termin auszugeben als auf irgendeine Finte zu verzichten, um das zu erwartende Kommunalisierungsvotum an zu geringer Beteiligung scheitern zu lassen.

Dieses Kalkül können wir durchkreuzen. Ein erfolgreicher Volksentscheid wäre zwar nur der erste Schritt auf einem langen Weg vernünftiger Energiepolitik, aber ohne ersten Schritt kämen wir gleich gar nicht auf den Weg.

Peter-Rudolf Zotl



CDU, SPD und Grüne gegen Investitionen in die Zukunft

Alle Tage wieder begegnet der LINKEN der Vorwurf, sie sei haushaltspolitisch unzuverlässig. So auch bei der Debatte um den Bezirkshaushaltsplan für 2014/2015. Auch wenn DIE LINKE in Lichtenberg bewiesen hat, dass sie immer mit den knappen Bezirksfinanzen ausgekommen ist, weil sie damit auskommen musste, werden SPD und CDU nicht müde, seit Jahren der LINKEN den gleichen abgenutzten Vorwurf zu machen.

Der Hintergrund ist immer derselbe. Wir haben schlicht andere Vorstellungen, wie der Bezirkshaushalt auszusehen hat. So forderten wir die Fortführung der Finanzierung von drei Frauenprojekten, der Bürgerinitiative ausländische Mitbürger, dem Verein für ambulante Versorgung und Courage e.V. in Höhe von 105 000 Euro, was SPD, CDU und Grüne ablehnten.

Christian Petermann:

„Bürgerbeteiligung ist nicht nur eine Anzeige in der Zeitung oder eine zentrale Informationsveranstaltung.“



Auch ist der Medienetat der Bibliotheken geringer als zur Regierungszeit der LINKEN. Während bis 2012 regelmäßig Bücher, DVDs etc. im Wert von 400 000 Euro gekauft wurden, sind es mit Antritt des Bürgermeisters der SPD nur 300 000 Euro. Der Antrag der LINKEN, die Kürzung auszugleichen, wurde von SPD, CDU und Grünen abgelehnt.

Unterschiedliche Auffassungen gab es auch bei mehr Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben. SPD, CDU und Grüne schlugen zur Umsetzung der Konzeption für mehr Bürgerbeteiligung eine Erhöhung um 25 000 Euro bei Planungen vor.

Bürgerbeteiligung ist aber nicht nur eine Anzeige in der Zeitung oder die Durchführung einer zentralen Informationsveranstaltung. Vielmehr muss Bürgerbeteiligung vor Ort organisiert werden. Dies sollen unserer Meinung nach die Stadtteilzentren übernehmen. Dafür benötigen sie 120 000 Euro zusätzlich. CDU, SPD und Grüne lehnten diesen Vorschlag ab. Abgelehnt wurde auch die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses,



Foto: Wikipedia

192 000 Euro mehr in Projekte der Kinder- und Jugendförderung zu investieren. Mit dieser Summe hätte jedes Projekt mit mindestens 70 000 Euro finanziert werden können – das sind 1,5 Personalstellen, die die Projekte in die Lage versetzt hätten, ordentlich arbeiten zu können.

Nach langem Drängen der LINKEN betont zumindest die Landes-SPD die Wichtigkeit eines wirksamen Mieterschutzes. Im Bezirk hätte die SPD die Gelegenheit gehabt, eine unabhängige Mieterberatung einzusetzen. DIE LINKE hatte beantragt, in jedem Stadtteilzentrum stundenweise Mieterberatung anzubieten. Dort hätten Mieterinnen und Mieter oder jene, die einen Modernisierungsbescheid oder einen Mieterhöhungsbescheid erhalten haben, Rat suchen können. SPD, CDU und Grüne lehnten ab.

Zwei Zugeständnisse gab es dann doch noch: SPD, CDU und Grüne folgten dem Antrag der LINKEN, die Mietkosten für eine medizinische und zahnmedizinische Praxis für Obdachlose in der Weitlingstraße zu erstatten. 16 560 Euro werden dafür freigegeben. Das liest sich erst einmal gut. Allerdings kassiert diese Summe das Bezirksamt auch wieder, da es der Vermieter ist.

Das zweite Zugeständnis ist die bewilligte Reparatur der Ampel der Jugendverkehrsschule im Malchower Weg. 5 000 Euro werden dafür 2014 bereitgestellt. Hier zahlte sich die Hartnäckigkeit der LINKEN aus.

Den Vorwurf, DIE LINKE könne nur Geld ausgeben, lassen wir nicht gelten. Völlig falsch geplante, weil zu niedrige Einnahmen bei den Grundstückserlösen von 100 000 Euro gegenüber einer Million Euro im Jahr 2013 und eine Finanzreserve in Höhe von 1,3 Millionen Euro ließen genügend finan-

Der Medienetat der Bezirksbibliotheken wurde um 100 000 Euro gekürzt.

ziellen Spielraum für Mehrausgaben in Höhe von 650 000 Euro zu. Zur Gegenfinanzierung hatte DIE LINKE 400 000 Euro aus Grundstücksverkäufen und 250 000 aus den Finanzreserven vorgeschlagen. Das aber lehnten CDU, SPD und Grüne aus einem einfachen Grund ab: Der Bürgermeister benötigt auch 2014 und 2015 eine Spardbüchse, aus der er sich, am Bezirksparlament vorbei, bedienen kann.

Christian Petermann

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach telefonischer Vereinbarung
 - **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach telefonischer Vereinbarung
 - **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, 17. Oktober, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum Fennpfuhl, Landsberger Allee 180 d
 - **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83 55 81 39, nach telefonischer Vereinbarung
 - **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, 16. Oktober, 17 Uhr, Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14
 - **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, 16. Oktober, 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43
- Wir kommen auch gern zu Versammlungen von Ortsverbänden, BO oder zu Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



Traditionstreffen

Ende August fand in Mála Úpa im Riesengebirge ein tschechisch-deutsch-polnisches Traditionstreffen statt. Dieses regelmäßig stattfindende Treffen erinnert an die erste Zusammenkunft im Jahr 1922. Damals hatten sich tschechische und deutsche Kommunistinnen und Kommunisten getroffen, um über den gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Kapitalismus zu sprechen. 1927 überreichte Ernst Thälmann den tschechischen Genossen eine Freundschaftsfahne. Bis 1933 fand das Treffen dann regelmäßig statt. 1962 wurde die Tradition wieder aufgenommen.

Während der Besetzung Tschechiens durch die deutschen Faschisten suchte die Gestapo intensiv nach der Fahne, fand sie aber nicht. Das Original ist heute im Besitz

der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM) Trutnov, eine Kopie der Fahne überreichten uns die Genossen aus Trutnov vor einigen Jahren.

In diesem Jahr kamen rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Mála Úpa. Kernpunkt aller Reden war, dass wir gemeinsam für ein soziales, friedliches Europa eintreten müssen. Als Vertreter der Lichtenberger LINKEN überbrachte Gerhard Langguth, Sprecher des Kiezverbandes Alt-Hohenschönhausen, die Kampfesgrüße aus Lichtenberg. Die tschechischen Genossen werden im Januar wieder nach Berlin kommen und an der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung teilnehmen.

Gerhard Langguth

*Die Lichtenberger Genossen in Mála Úpa:
„Gemeinsam für ein soziales und friedliches
Europa kämpfen!“*

Foto: Gerhard Langguth



725 Jahre

Dass der Ringer und Antifaschist Werner Seelenbinder in Lichtenberg konfirmiert wurde oder dass Sergej Schilkin, Inhaber der nach ihm benannten Spirituosenfabrik, gebürtiger Karlsruher war, dürfte sicher den meisten Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk nicht bekannt sein. Jetzt ist es kein Geheimnis mehr, denn die gerade vorgelegte Stadtgeschichte Lichtenbergs von Jürgen Hofmann enthält Fakten in Hülle und Fülle über Lichtenberg, das 1288 erstmals urkundlich erwähnt wurde und deshalb in diesem Jahr auf eine 725-jährige Geschichte zurückblicken kann.

Jürgen Hofmann hat gemeinsam mit Andreas Herbst und gestützt auf Arbeiten von Regionalhistorikern eigene Arbeiten aus vorangegangenen Forschungsprojekten verwendet und zu einer umfangreichen Chronik aufgearbeitet. Dreizehn Texte informieren über die Ortsteile, historische Orte und Bauwerke, Personen und Persönlichkeiten. All das bietet die Möglichkeit, sich Stück für Stück, Kiez für Kiez, Jahrzehnt für Jahrzehnt mit einer spannungsreichen Geschichte auseinanderzusetzen.

Parallel zum Erscheinen des Buches hat das Museum Lichtenberg die Ausstellung „725 Jahre Lichtenberg. Große Geschichten der kleinen Dörfer“ eröffnet. Sie läuft bis zum 2. März 2014.

Joachim Pampel

● Jürgen Hofmann, Andreas Herbst:

**„725 Jahre Lichtenberg. Kurze
Geschichte eines Berliner Bezirks“**,
ISBN 978-3-00-043170-8, 20€

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Vermögenssteuer jetzt!

Ohne die Stimmen der CDU (Ablehnung) und der Grünen (Enthaltung) beschloss die BVV den Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ „Mit der Wiedereinführung dieser Steuer“, so LINKE-Fraktionsvorsitzender Christian Petermann, stünden „allein Lichtenberg 35 Millionen Euro z. B. für neue Kita-Plätze zur Verfügung.“

Bauverzögerung

Voraussichtlich noch bis Ende Oktober werden sich die Baumaßnahmen an der Lichtsignalanlage am Tierpark, Ecke Criegernweg, und an der Treskowallee, Ecke Gregoroviusweg, hinziehen.

Beauftragtenwechsel

Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirkes ist neu besetzt. Die Aufgaben der langjährigen Amtsinhaberin Regina Schmidt übernahm Majel Kundel, ehemals Leiterin der Jugendfreizeiteinrichtung „Leos Hütte“. Wieder besetzt wird auch die Stelle des Integrationsbeauftragten.

Kunstproduktionsort

An der Herzberg- und Siegfriedstraße sollen künftig besonders Ansiedlungen der Kreativwirtschaft mit produktionsorientiertem Charakter möglich werden. Dies sieht ein Beschluß der BVV vor, der von der Linksfraktion initiiert worden war.

Junge Helden gesucht

Bis zum 31. Oktober können der Bürgerstiftung Lichtenberg junge Leute zwischen 14 und 21 Jahren vorgeschlagen werden, die sich ehrenamtlich in Vereinen, Institutionen, Verbänden, Schulen oder privat für das Gemeinwohl engagieren. Am 7. Dezember werden dann während der Benefizgala der Bürgerstiftung in der Max-Taut-Aula die drei Ehrenpreise verliehen. Vorschläge sind zu richten an: Bürgerstiftung Lichtenberg, Möllendorferstraße 68, 10367 Berlin, möglich auch per Telefon: 9029 63 306 oder per E-Mail an: helden@buengerstiftung-lichtenberg.de

● www.buengerstiftung-lichtenberg.de

Kein Werben für's Sterben!



DIE LINKE engagiert sich seit Jahren gegen die Werbung der Bundeswehr an Schulen. In Berlin gibt es sogar ein von der LINKEN mitgegründetes Bündnis „Schule ohne Militär“. Gemeinsam haben wir in den vergangenen Jahren kritisiert, dass die rhetorisch geschulten Jugendoffiziere im Rahmen des Unterrichtes Werbung für den Soldatenberuf und die Kriegseinsätze machen.

Im Abgeordnetenhaus haben wir aufgedeckt, dass so gut wie nie militärkritische Referenten eingeladen werden, um für eine halbwegs ausgewogene Darstellung zu sorgen. Aber dazu sind die Schulen und die Bundeswehr wegen der Grundrechte der Schülerinnen und Schüler und Eltern verfassungsrechtlich verpflichtet. Grundsätzlich wollen wir, dass die Schulen die Jugendoffiziere gar nicht erst einladen, oder wie das Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium im Mai 2010 die Jugendoffiziere wieder auslädt. Wenn doch Einladungen ausgesprochen werden, wollen wir, dass wenigstens kontrovers und ausgewogen debattiert wird.

Die allgemeine Wehrpflicht wurde ausgesetzt, und kaum jemand möchte noch zur Bundeswehr. Deshalb hat sie die Werbung verstärkt. Durch Schülerinnen und Schüler haben wir erfahren, dass die Bundeswehr auf dem digitalen Schwarzen Brett des Herder-Gymnasiums einen ihrer Werbefilme gezeigt hat. Zusätzlich wurden auch kostenlose Schreibhefte mit Bundeswehrwerbung in der Schule ausgelegt.

Gesine Löttsch hat im Bundestag nachgefragt, wie viel Geld die Bundeswehr dafür ausgibt. 2011 waren es 615 844 Euro, 2012 557 275 Euro. Der Etat für diese Werbung an Schulen hat sich seit 2009 (246 868 Euro) mehr als verdoppelt. Hinzukommen die Personalkosten für 94 Jugendoffiziere.

Die Bundeswehr finanziert außerdem Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer zur Außen- und Sicherheitspolitik und veranstaltet Rollenspielseminare (POL&IS), in denen die Schülerinnen und Schüler die Motive für Kriegsführungen nachvollziehen sollen. Auch Besuche bei der Truppe werden finanziert. In Schleswig-Holstein durften minderjährige Schüler im Schießsimulator sogar zur Waffe greifen.

Fast alle CDU-regierten Bundesländer haben Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr geschlossen, um ihr den Zugang zu den Schulen zu erleichtern. Berlin gehört dank der LINKEN nicht dazu.

Aber es gibt auch Beispiele, die zeigen, dass die Kritik an der Bundeswehr wächst. Jüngst wurde das Schöneberger Robert-Blum-Gymnasium mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Die Schulkonferenz hatte beschlossen, eine bundeswehrfreie Schule zu sein. Statt der Schule zu gratulieren hagelte es Kritik vom zuständigen SPD-Staatssekretär.

DIE LINKE muss und wird sich weiter gegen die Werbung der Bundeswehr an den Schulen einsetzen. *Sebastian Schlüsselburg*

Veranstaltungen

- **Sonntag, 13.10., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: Auswertung der Bundestagswahl, mit Dr. Gesine Löttsch, MdB
- **Montag, 14.10., 18 Uhr**
Basistreffen zur Auswertung der Bundestagswahl, mit Dr. Gesine Löttsch, MdB; Carl-von-Linné-Schule, Paul-Junius-Straße 15,
- **Dienstag, 15.10., 18 Uhr**
Auswertung der Bundestagswahl, mit Dr. Gesine Löttsch, MdB; Bernhard-Grzimek-Grundschule, Sewanstraße 184
- **Mittwoch, 16.10., 17 Uhr***
Tipps und Hinweise zu Wohnen und Mieten, mit Dr. Lieselotte Bertermann
- **Mittwoch, 16.10., 18 Uhr**
„Wie weiter? Nachdenken über Deutschland“, in der Reihe „geDRUCKtes“, mit Dr. Gregor Gysi, MdB, und Dr. Gesine Löttsch, MdB; Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Anmeldung erforderlich unter Telefon: 24 009 548 oder gedrucktes@die-linke.de
- **Dienstag, 22.10., 19 Uhr***
Tagung des Geschäftsführenden Vorstandes der Lichtenberger LINKEN
- **Montag, 28.10., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes der Lichtenberger LINKEN
- **Dienstag, 5.11., 19 Uhr***
Tagung des Geschäftsführenden Vorstandes der Lichtenberger LINKEN

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14



DIE LINKE lädt ein zum **Bildungstag**: „Teil der Lösung und Teil des Problems – linke politische Bildung in neoliberalen Zeiten“.

- **Sonnabend, 23. November 2013, 10–18 Uhr**, Commundo Tagungshotel, Oberer Landweg 27, 21033 Hamburg
Im Fokus werden sowohl die Verstrickungen linker politischer Bildung in neoliberal geprägte Bildungsansätze als auch die Abgrenzung von diesen stehen. Wir wollen mit Linken aus Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften diskutieren, wie die Bildungsarbeit wieder ausgebaut werden kann.
- **Anmeldung:**
polbil@die-linke.de, 030/24 009 351, www.die-linke.de

Her mit der Wohnraumförderung



Foto: Jörg Rückmann

Steht Berlin vor einer neuen Wohnungsnot? Steigende Mieten, sinkender Leerstand, niedrige Neubauzahlen, hoher Wohnflächenverbrauch, sinkende Umzugszahlen: Das alles kennzeichnet die aktuelle Situation. Berlin wächst wieder, also braucht Berlin mehr Wohnungen. Der Senat rechnet mit einem Bedarf von 137 000 Wohnungen zusätzlich bis 2025. Das ist eine überschaubare, lösbare Aufgabe. Was Berlin aber vor allem braucht sind bezahlbare Wohnungen für Menschen mit kleinem Einkommen – Wohnungen, die generationen- und klimagericht sind.

„Die HOWOGE baut für Berlin.“ So der Slogan bei der Grundsteinlegung der Treskow-Höfe für 400 neue städtische Wohnungen. Das Grundstück befindet sich in bester Karlshorster Lage, und alle sind froh, dass der Schandfleck verschwinden wird.

Es ist gut, dass die HOWOGE baut. Sie ist mit aktuell rund 54 000 Wohnungen eine der wirtschaftlich leistungsfähigen städtischen Gesellschaften. Sie kann aus eigener Kraft bauen, aber sie kann nicht zaubern. Neubau ist teuer, und wenn hier preiswerter Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen entstehen soll, dann geht das nicht ohne öffentliche Förderung. Doch die gibt es bislang nicht, und deshalb werden die meisten Kaltmieten in den Treskow-Höfen nicht unter 9 Euro pro Quadratmeter liegen. Und nur 10 Prozent der Wohnungen sind für Geringverdienende vorgesehen.

Die HOWOGE ist eine wichtige Partnerin der Stadtentwicklung, speziell in Lichtenberg, wo sie fast die Hälfte des Wohnungsbestandes bewirtschaftet. Zur guten Bilanz

Die Baustelle der Treskow-Höfe: Zwischen Römerweg und Hönower Straße werden 400 städtische Wohnungen entstehen.

gehört der gute Zustand des Großteils ihrer Wohnungen. Sie sind weitgehend saniert und auch energetisch auf der Höhe der Zeit. Das zeigt sich auch in den vergleichsweise niedrigen Betriebskosten. Aber die Bestandsmieten der HOWOGE liegen im oberen Bereich des Mietspiegels und für Geringverdienende häufig schon an der Schmerzgrenze. Es muss also etwas getan werden für die soziale Balance.

In Berlin gibt es rund 1,7 Mio. Mietwohnungen, davon befinden sich rund 285 000 in öffentlicher Hand. Zum Vergleich: 1990 gab es 482 000 städtische Wohnungen.

2006 wurde im rot-roten Koalitionsvertrag auf Drängen der LINKEN ein Privatisierungsstopp verankert, seitdem wächst der Bestand wieder und soll nach Vorstellung des Senats bis 2016 auf 300 000 steigen.

Berlin hat derzeit rund 150 000 Sozialwohnungen, 2020 werden es nur noch knapp über 100 000 sein. In Altbaugebieten existieren noch für rund 28 000 Wohnungen Mietpreis- und Belegungsbindungen, Ende 2020 werden es knapp 9 000 sein. Dabei ist der Personenkreis, der Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat, in Berlin ungleich größer. Fast 700 000 Haushalte unterliegen den (niedrigeren) Einkommensgrenzen des Bundes, fast zwei Drittel aller Berliner Haushalte liegen unter den Berliner Einkommensgrenzen.

Etliche geförderte Wohnungen sind von Belegungsbindungen freigestellt, die Mieten in den alten Sozialwohnungen sind wegen der früheren Förderlogik zu hoch für Gering-

verdienende. In Berlin sind etliche Milliarden in die Wohnungsbauförderung geflossen, ohne dass damit ein nachhaltiger Beitrag zur sozialen Wohnungsversorgung geleistet worden ist. Wir brauchen deshalb einen neuen Ansatz.

DIE LINKE sieht in den städtischen Wohnungsunternehmen das Hauptinstrument des Landes für eine soziale Wohnungspolitik. Wenn sie mehr und gezielt Wohnungen sanieren, bauen, ankaufen und zu tragbaren Mieten anbieten sollen, dann müssen sie wirtschaftlich gestärkt und wohnungspolitisch in die Pflicht genommen werden.

Deshalb hat DIE LINKE für den Haushalt 2014/2015 erneut den Antrag gestellt, für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften 100 Mio. Euro jährlich bereitzustellen. Aber bezahlbare Mieten gibt es vor allem im Wohnungsbestand, daran ändert auch der forcierte Neubau wenig. Und zudem wirken die Regelungen im Bundesrecht mietpreistreibend durch die Mieterhöhungsmöglichkeiten in bestehenden Mietverhältnissen, durch die fehlende Begrenzung von Neuvertragsmieten und vor allem durch die zulässigen Modernisierungsumlagen.

Da heißt es für die LINKE: Dranbleiben und nicht lockerlassen. Denn wer, wenn nicht wir, setzt sich ein für bezahlbares Wohnen in Berlin?
Katrin Lompscher

Nicht wehrlos

Der Ortsverband Karlshorst der LINKEN hatte am 16. September zu einem Bürgerforum zum Thema „Mieten“ ins Kulturhaus eingeladen. 30 Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, mit Katrin Lompscher, Sprecherin der Fraktion der LINKEN im Abgeordnetenhaus für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, über die gegenwärtige Situation in Lichtenberg und besonders in Karlshorst zu diskutieren.

Wegen steigender Nachfrage nach Wohnungen und fehlender Angebote muss organisierter Widerstand geleistet werden gegen die Stillhaltepolitik des Senats. Der Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten muss der Druck der Bürgerinnen und Bürger zur Wahrung ihrer Interessen gegenüberstehen.

Das Angebot an Mieterberatung ist groß, und viele Mitglieder der LINKEN beteiligen sich an der Arbeit der dafür geschaffenen Organisationen. Den langen Hebeln der Vermieter kann man und muss man Widerstand leisten. Dafür ist die DIE LINKE eine zuverlässiger Partnerin.
Arno Gentzman

Und wie geht's weiter?

DIE LINKE ist die drittstärkste Partei im Deutschen Bundestag. Doch es ist nicht so, dass wir vor Kraft nicht mehr laufen könnten. Wenn es zu einer CDU/CSU-SPD-Regierung kommen sollte, wovon ich ausgehe, dann stehen wir einer unglaublichen Übermacht gegenüber. Die Opposition könnte nicht einmal einen Untersuchungsausschuss einberufen.

Doch wir werden unser Kontrollrecht nutzen. Mit unseren Anträgen werden wir prüfen, wie ernst die Regierungsparteien ihre eigenen Wahlversprechen nehmen. So werden wir, bevor es überhaupt eine neue Regierung gibt, einen Antrag für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in den Bundestag einbringen. Wir wollen die Mehrheit aus SPD, LINKE und Grünen nutzen, um eine Hauptforderung unseres Wahlkampfes umzusetzen.

Durch unsere Fragen an die Regierung haben wir schon in der 17. Wahlperiode für mehr Transparenz gesorgt. Wir stellten Fragen, die keine andere Fraktion im Bundestag stellte. Durch unsere Fragen war die Regierung gezwungen zuzugeben, dass ein Mindestlohn von nur 8,50 Euro in Zukunft nicht vor Altersarmut schützt. Durch unsere Fragen musste die Bundesregierung zugeben, dass Chemikalien für die Giftgasproduktion nach Syrien geliefert wurden.

DIE LINKE wird auch in dieser Legislaturperiode für mehr Transparenz kämpfen. Wirklich ändern können wir nur etwas, wenn wir uns mit den Menschen zusammentun, die mehr direkte Demokratie fordern.

Hamburgs Bürgerinnen und Bürger haben sich mehrheitlich für die Rekommunalisierung der Energienetze entschieden und sich gegen den Hamburger Senat, SPD, CDU und FDP durchgesetzt. Das ist ein großer Erfolg. Er zeigt, wie wenig diese Parteien wissen, was ihre Bürgerinnen und Bürger eigentlich wollen. Oder sie wissen es, fühlen sich aber Konzernen wie Vattenfall mehr verpflichtet als ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Unsere Erfahrungen aus der letzten Legislaturperiode waren eindeutig. Die Regierung hat immer Minderheiteninteressen vertreten und war damit nur eine Vermögensverwalterin von nur zehn Prozent der Bevölkerung.

Sebastian Schlüsselburg

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loettsch@wk.bundestag.de
- **Sprechstunde:** 24.10., 17 Uhr, Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5 (Um Anmeldung wird gebeten!)

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Foto: Uwe Steinert

Das sind die 64 Frauen und Männer, die künftig DIE LINKE im Bundestag vertreten. Unter ihnen natürlich und wie nicht anders zu erwarten war: Gesine Löttsch.

Zahlen des Monats

Diesmal gibt es nicht nur eine Zahl, sondern viele. Grund ist die Auswertung der Bundestagswahl 2013.

Wir haben bundesweit 3,75 Millionen Zweitstimmen bekommen. Das sind 1,4 Millionen weniger als 2009. Wo sind die Wählerinnen und Wähler der LINKEN hingegangen? Wir haben an die SPD 360 000, an die AfD 360 000, an die Nichtwähler 310 000, an die CDU 160 000 und an die Grünen 30 000 Stimmen verloren. Nur von der FDP haben wir 90 000 Stimmen gewonnen.

Schaut man sich das Wahlverhalten der LINKEN-Wähler nach der Sozialstruktur an, dann fällt auf, dass uns 23 Prozent arbeitslose Menschen und 13 Prozent Arbeiter gewählt haben. Bei Selbstständigen waren wir mit 6 Prozent unterdurchschnittlich.

Das Wahlverhalten der LINKEN-Wählerinnen und -Wähler bezogen auf die Altersgruppen zeigt, dass wir den besten Wert bei den 45- bis 59-Jährigen (10 Prozent) und den schlechtesten Wert bei den über 70-Jährigen (6 Prozent) haben.

In Berlin haben wir mit 18,5 Prozent das Ergebnis der Abgeordnetenhauswahl 2011 (11,7%) fast verdoppelt. Wir sind wieder die stärkste Partei in Lichtenberg und Ost-Berlin. Jetzt gilt es, den Berlindertrend auf den Bundestrend der LINKEN hochzuziehen.

Es hat sich wieder gezeigt, dass Reiche wählen gehen und arme Menschen zuhause bleiben. Der Wahlkreis mit der zweithöchsten Wahlbeteiligung in Deutschland ist Steglitz-Zehlendorf (79,9%). Lichtenberg belegt mit 67 Prozent dagegen nur Platz 258 von 299 Wahlkreisen. Die schlechteste Wahlbeteiligung gab es im Harz (58,9%).

In Lichtenberg bekam Gesine Löttsch 54 938 Erststimmen. Das sind 40,3 Prozent. Damit belegt sie unter den Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN den 2. Platz bundesweit hinter Gregor Gysi. 47 175 Lichtenbergerinnen und Lichtenberger stimmten mit ihrer Zweitstimme für DIE LINKE. Das sind 34,6 Prozent. Das ist bundesweit das beste Zweitstimmenergebnis für DIE LINKE. Lichtenberg bleibt also eine linke Hochburg! Die Gegenkandidaten von CDU und SPD hatten beide schlechtere Erst- als Zweitstimmenergebnisse. Das ist für Kandidaten von Volksparteien ungewöhnlich.

Besorgniserregend sind die 7 479 Stimmen, die in Lichtenberg an die AfD gingen. All diese Zahlen sagen viel – jetzt müssen wir noch die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Klaus Singer



Ein Platz für Stefan Heym



Foto: Burkhard Lange

Mit der Zustimmung zu ihrem Antrag „Stefan-Heym-Platz“ hat DIE LINKE in Lichtenberg etwas durchgesetzt, was in Treptow-Köpenick nicht gelungen war. Ende 2004 hatte damals noch die PDS beantragt, eine Grünauer Straße in unmittelbarer Nähe seines Wohnortes nach dem großen Schriftsteller Stefan Heym zu benennen. Aber exakt an dessen drittem Todestag lehnten SPD, CDU und FDP in der BVV Treptow-Köpenick diesen Antrag ab. Stefan Heym habe die Leute verraten, die in der Wendezeit für Demokratie und Freiheit auf die Straße gegangen seien, argumentierte seinerzeit die kulturpolitische Sprecherin der CDU.

Nun aber – im Jahr des 100. Geburtstages Stefan Heyms – stimmte die BVV Lichtenberg dem Anliegen der LINKEN zu, die nördlich der Frankfurter Allee/Ecke Möllendorffstraße liegende Freifläche nach dem Autor, der als Jude und Antifaschist verfolgt worden war, aber seinen Überzeugungen immer treu geblieben ist, zu benennen. In einem seiner bekanntesten Bücher, dem Ro-

Stefan Heym und Gregor Gysi 1994

man „Fünf Tage im Juni“ (1974), setzte Stefan Heym den Arbeiterinnen und Arbeitern ein Denkmal, die am 17. Juni 1953 in zahlreichen Lichtenberger Betrieben ihre Arbeit niedergelegt und sich den breiten Protesten angeschlossen hatten.

Bei der Bundestagswahl 1994 errang der parteilose Schriftsteller für die PDS ein Direktmandat. Unvergessen bleibt seine Rede als Alterspräsident im Deutschen Bundestag. In bleibender Erinnerung auch, wie die Abgeordneten der CDU demonstrativ sitzen blieben, als er ans Podium trat, und ihm später den Applaus verweigerten. Und so regte sich auch keine Hand, als Stefan Heym sagte: „Toleranz und Achtung gegenüber jedem einzelnen und Widerspruch und Vielfalt der Meinungen sind vonnöten, ebenso wie eine politische Kultur, mit der unser Land, das geeinte, seine besten Traditionen einbringen kann in ein geeintes, freies und friedliches Europa.“ *T. Behrend/N. Wolf*

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Kathrin Gerlof

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 8/13: 4.10.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am 7.11.2013

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 25.10.2013

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 13.10., 17 Uhr**
Jubiläumskonzert zum 300. Geburtstag von Johann Ludwigs Krebs, mit Mechtild Fischer (Oboe), Beate Kruppke (Orgel); Kirche „Zur frohen Botschaft“, Weseler Straße 6, Eintritt frei
- **Mittwoch, 16.10., 10 Uhr**
Premiere von „Die Schneekönigin“ von Hans-Christian Andersen; Theater an der Parkaue
- **Wochenende, 19./20.10., 19 Uhr**
Jugendtanzfestival „10 Jahre Patchwork on stage 2013“; Max-Taut-Aula, Fischerstraße, Eintritt: 10/7 €
- **Sonnabend, 19.10., 20 Uhr**
„Don't Explain – Cool-Jazz in eigener Machart“, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 9 €
- **Mittwoch, 23.10., 19 Uhr**
„Die andere Seite von Rummelsburg: Waisenhaus – Arbeitshaus – DDR-Strafvollzug“, Vortrag von Christine Steer; Museum Lichtenberg, Türirschmidtstraße 24, Infotelefon: 5779738812
- **24. – 30.10.**
„Treffpunkt Bibliothek“: Viele Veranstaltungen rund ums Lesen in allen vier Lichtenberger Bibliotheken, Info: www.stadtbibliothek-lichtenberg.de
- **Donnerstag, 24.10., 19 Uhr**
„Sie leben! Sie leben! Sie leben noch immer!“, Berliner Märchen von Lothar Trolle; Theater an der Parkaue
- **Sonnabend, 26.10., 15 und 18 Uhr, Sonntag, 27.10., 15 Uhr**
„Was du nicht siehst“, musikalisch-szenische Aufführung nach Debussy, Kinderopernhaus Lichtenberg; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Infotelefon: 475 94 06 10, Eintritt: 12/8 €
- **Freitag, 8.11., 18 Uhr**
„Die Geschichte des Gutshauses Hohenschönhausen“, Vortrag von Dr. Rolf Meyerhöfer; Bürgerschloss Hohenschönhausen, Hauptstraße 44
- **Ausstellungen**
→ Christin Lutze: „So weit das Auge sehen kann“, Malerei auf Leinwand und Papier, Eröffnung: Mittwoch, 23.10., 19 Uhr; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, noch bis 27.11.
→ Ruth Biller, Mahmut Celayir: „Der weite Blick – Atmosphäre und Verwandlung“, Malerei, Eröffnung: Freitag, 25.10., 19 Uhr; Ratskeller Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, bis 22.11.